

China – Begegnungen mit dem Unnahbaren

Historisch-geografisches Panoptikum westlicher Wahrnehmung

Es gibt Bücher, bei denen sich der Leser, je weiter er darin vordringt, unwillkürlich fragt, mit welchen Empfindungen der Autor sein Manuskript wohl abgeschlossen haben mag. Zumal bei einem Werk, das mit seinen 659 Seiten samt ausladendem wissenschaftlichem Apparat so herausfordernd wie abschreckend übergewichtig in der Hand liegt. Schon ein Blick in das umfangreiche Namensregister von Abel-Rémusat bis Zwetajewa und in das Verzeichnis der quer über die Welt verstreuten Archive lässt erahnen, welchen Aufwand der Schweizer Publizist Matthias Messmer betrieben hat, um für diese Geschichte «west-östlicher Begegnungen» im China des 20. Jahrhunderts die in der Mehrzahl längst vergessenen Personen, die Schauplätze und die nicht nur mit Worten, sondern auch mit vorzüglichem Bildmaterial kolorierten turbulenten Zeitumstände wieder zum Leben zu erwecken.

Ausschläge der Wertung

Dem Anspruch, «aus Tausenden von Knoten ein Gewebe» zu knüpfen, in dem sich die chinesische Lebenswirklichkeit in diesem «Zeitalter der Extreme» (der Historiker Eric Hobsbawm) in der Perspektive und aus den subjektiven Bedingungen westlicher Zeitzeugen widerspiegelt, ist der historisch und sozialwissenschaftlich geschulte Autor, der in Shanghai lebt und auch für die NZZ schreibt, ziemlich nahe gekommen. Damit beginnt für den Leser der Reiz, aber auch das Problem der Lektüre. So bleibt es ihm überlassen, sich aus der Flut der Chinabilder in Form vielfarbig schillernder persönlicher Erlebnisse und tiefergehender Reflexionen das Wesentliche herauszupicken und sich dabei nicht, so wichtig das für die begleitende Analyse der Mechanismen und Defekte der interkulturellen Wahrnehmung auch ist, von der repetitiven Vielzahl an Belegen für das trivial Stereotypisierende ermüden zu lassen.

Ausserdem wird er bald feststellen, dass nicht jede der in der Einleitung offerierten Nutzenwendungen gleichermaßen zugkräftig ist. Die Empfehlung des Bandes als «Handbuch für Geschäftsleute und Touristen» dürfte deren notorische Eile unterschätzen. Wer aus historischem und im weitesten Sinne (inter)kulturellem Interesse mehr Geduld aufbringt und dazu noch selektiv zu lesen versteht, wird die Faszination des Autors von seinem Thema und den damit verknüpften Fragen nach der Grenztheit des Verstehens und erst recht der Verständigung nachempfinden können. Dabei wird er auch die Erfahrung machen, dass in der zwischen Verzauberung, Irritation und Abstossung schwankenden Auseinandersetzung mit dem Reich der Mitte die normal temperierte Wahrnehmung damals wie heute die Ausnahme von der Regel ist.

Starke Präsenz von Juden

Orte, Menschen und Bilder sind die miteinander korrespondierenden thematischen Bezüge, die das Buch in dem behandelten Zeitraum vom Beginn bis kurz nach der zweiten revolutionären Zäsur in der Mitte des 20. Jahrhunderts gliedern. Der erste Teil begibt sich auf eine detailverliebte extensive, von Peking über Tientsin, Shanghai und Kanton bis in den Norden (Harbin) reichende Spurensuche nach den Orten, in denen die Fremden aus dem Westen präsent waren, die Lebenswelten sich aber nur selten im Sinne von nachhaltigen Begegnungen vermischt haben.

Dabei ist der Leser bereits darauf vorbereitet, dass Messmers besondere Interesse den damals

in China dauerhaft oder vorübergehend ansässigen jüdischen Gemeinschaften gilt. Tatsächlich spielten jüdische Kaufleute, Intellektuelle und Künstler im gesellschaftlichen Leben vor allem im vorrevolutionären Schanghai schon lange eine nicht zu übersehende Rolle, bevor rund 20 000 europäische Juden auf der Flucht vor den Nazis in der von Japan besetzten kosmopolitischen Hafenstadt vorübergehend Zuflucht fanden. Ob Intensität und Nachhaltigkeit dieser Bezüge es rechtfertigen, in Analogie zu dem von jesuitischen China-Missionaren mitgeprägten «katholischen» 16. Jahrhundert für diese Epoche von dem «jüdischen Jahrhundert in der Begegnung zwischen China und dem Westen» zu sprechen, erscheint gleichwohl zweifelhaft.

Schreckbilder und Wunschbilder

Was in den folgenden Kapiteln zu den wechselnden Aggregatzuständen der China-Wahrnehmung zwischen Empirie und Legendenbildung, Aufklärung und Selbsttäuschung zu lesen ist und ausführlich zur Sprache kommt, wirkt im Blick auf die derzeitigen Debatten auf bisweilen amüsante wie nachdenklich stimmende Weise vertraut. Etwa in der zum Inbegriff der «gelben Gefahr» (heute «China Threat») stilisierten Roman- und Filmfigur des sinistren «Dr. Fu Manchu», der sich, ausgestattet mit dem Schatz von Dschingis Khan, anschickt, die Welt zu erobern. Er könnte Pate gestanden haben für die neueren Komplotphantasien, in denen in zeitgemässer Kostümierung eine Heerschar namenloser, auf weltweiten Technologieklau angesetzter chinesischer Hacker die Schurkenrolle spielt.

Was einst die Jesuitenmissionare versucht hatten, fand unter anderen Vorzeichen seine Fortsetzung, als von Ende der 1920er Jahre an europäische (nicht nur russische) und amerikanische Linke das damals in einem tiefgreifenden Gärungsprozess um seine Zukunft ringende China als «Versuchslabor für den Export einer Weltrevolution» entdeckten. Das Engagement, mit dem sich diese Aktivisten beratend oder als sympathisierende Kombattanten einmischten und in den Dienst der chinesischen Revolution stellten, war eine neue Erfahrung. Nicht aber, von seltenen Ausnahmen abgesehen, die «Psychologie der Dominanz» (Messmer), die das Verhalten der Kolonialmächte beziehungsweise ihrer im Peking-Botschaftsviertel und in den Vertragshäfen residierenden Emissäre bestimmte.

Den gescheiterten Versuch Moskaus, die chinesischen Kommunisten nach seinen Vorstellungen zu trimmen, hat der russische Komintern-Agent Michail Borodin im Rückblick auf seine Erfahrungen in China aus ernüchterter Einsicht so beschrieben: «Meine Aufgabe war es, die Situation zu erfassen, das grosse Rad in Bewegung zu setzen. Mit fortschreitender Zeit hat mich dieses Rad selbst mitgetragen. Ich wurde zu einem Rädchen im Getriebe.» Die Versuchung, Chinas moderne Entwicklung mit der Elle des eigenen, westlichen Wertekanons zu messen und von aussen steuernd einzugreifen, hat an Aktualität nichts eingebüsst. Das Buch liefert dazu zwei Einsichten: mit hinreichenden Belegen einmal die, dass die Diskussion, wie angemessen und zielführend das ist, schon lange geführt wird. Und die andere, dass historische Erfahrungen in diesem Fall eng begrenzte Halbwertszeiten haben.

Jürgen Kahl

Matthias Messmer: China. Schauplätze west-östlicher Begegnungen. Böhlau-Verlag, Wien 2007. 659 S., Fr. 64.50, € 39.–.

Migration im Süd-Nord-Gefälle

Zwischen Verlust von Fachkräften und Entwicklungspotenzial

C. W. Die Migration von armen in reichere Länder könne eine «Win-win-Situation» schaffen, lautet eine These in der internationalen Diskussion, mit der nicht zuletzt dominierenden Bildern von Problemen entgegengetreten werden soll. In der Tat reduziert die Wanderung von Arbeitskräften das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem globalen Arbeitsmarkt, und Menschen aus Entwicklungsländern finden nicht nur ein Einkommen, sondern können – und müssen – damit auch daheim gebliebene Familienangehörige unterstützen. Ob dadurch aber Entwicklung gefördert wird, ist eine offene Frage. Ein vom Schweizerischen Roten Kreuz herausgegebener Sammelband gibt differenzierte Antworten. Die Autorinnen und Autoren arbeiten mehrheitlich bei schweizerischen oder internationalen Organisationen, die auf mindestens einem der beiden Felder tätig sind – was nicht heisst, dass die Beiträge alle konkret fokussiert wären.

Braindrain als Grundtendenz

Dem positiven Bild steht gegenüber, was in weitem Sinn als Braindrain zu bezeichnen ist: der Verlust von Hochschulabsolventen und weiteren qualifizierten Kräften, die teuer ausgebildet worden sind. 40 Prozent des Wissenschafts- und Technologiepersonals aus Entwicklungsländern sollen im Welt-Norden leben, und es dürfte sich dabei nicht um die schlechtesten Leute handeln. Besonders gravierend ist der «Abfluss» von Gesundheitspersonal, wonach in den Herkunftsländern selber ein offenkundig ungedeckter Bedarf bestünde. Allerdings haben namentlich die Philippinen diese Auswanderung zur Politik gemacht und betreiben ein «training for export», das sich in Geldüberweisungen der im Ausland Arbeitenden auszahlen soll. Auch hier scheint aber ein Konflikt mit den Interessen des eigenen Gesundheitssystems zu bestehen. In einem der Beiträge wird denn auch für eine an das Land angepasste «Braindrain-resistente» Berufsbildung plädiert.

Für die ärmsten Länder, wird festgestellt, dürften im Allgemeinen die Nachteile der – in diesem Fall meist definitiven – Auswanderung von Fachkräften überwiegen. Diese fehlen nicht nur der Wirtschaft und den öffentlichen Diensten, sondern auch als Mittelschicht der Gesellschaft. Die Beschäftigung wenig qualifizierter Migranten relativiert diese Effekte immer weniger, weil die wohlhabenden Staaten – wie gerade die Schweiz – zu einer selektiven, auf Eigeninteressen ausgerichteten Zulassungspolitik tendieren.

Geldzufuhr für Verwandte

Unbestritten ist, dass die «Remittances» der Migranten individuell und auch insgesamt ins Gewicht fallen. Diese Finanzflüsse werden auf Hunderte von Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt, gehen jedoch nur zu einem kleinen Teil in die ärmsten Länder. Der Vergleich mit der weit geringeren Entwicklungshilfe ist zudem insofern fragwürdig, als die Rimmessen meist für den Lebensunterhalt der Verwandten, nicht für private oder öffentliche Investitionen dienen. Dies bestätigt eine Befragung von 600 Serben in der Schweiz. 60 Prozent von ihnen schickten im Lauf eines Jahres Geld in ihre Heimat, und zwar durchschnittlich über 4000 Franken. Eine gute Integration, eventuell auch die Einbürgerung, begünstigt diese Praxis, die dementsprechend – in der ersten Generation – relativ konstant bleibt, während in anderen

Studien ermittelt wurde, dass die Überweisungen nach einiger Zeit abnehmen.

Die Abhängigkeit von diesem externen «Einkommen» ist jedenfalls ein heikler Punkt; unter Umständen dürfte auch die Eigeninitiative der Unterstützten geschwächt werden. Ein nicht unwichtiges praktisches Problem sind die oft weniger effizienten Methoden des Transfers, der mehrheitlich «von Hand», auch durch Bekannte oder Buschaffere, oder dann über Spezialfirmen mit wenig Konkurrenz erfolgt. Eine bedeutendere Rolle von Banken könnte allenfalls auch Klein-kredit-Systeme für Investitionen begünstigen.

Rückwanderung eher die Ausnahme

Welches sind die Möglichkeiten, die Wanderungsbewegungen besser auf die Entwicklungsbedürfnisse abzustimmen? Der Versuch, Migration zu verhindern, gilt als unrealistisch oder unerwünscht, wobei eine Liberalisierung im Rahmen des WTO-Dienstleistungsabkommens skeptisch beurteilt wird. Der britische Gesundheitsdienst verzichtet auf die Rekrutierung aus Entwicklungsländern, doch gilt dies nur für die aktive Anwerbung von Personal. Eine Ausbildungsgebühr, wie sie die USA an den Karibikstaat St. Vincent zahlen, dürfte ein Einzelfall sein.

Bemühungen, die Rückwanderung zu fördern, damit Migranten ihre fortentwickelten Fähigkeiten in ihrem Ursprungsland zur Geltung bringen, haben sich offenbar kaum als wirksam erwiesen. (Die schweizerischen Programme der Rückkehr- und Reintegrationshilfe für abgewiesene Asylsuchende, darunter die im Band beschriebenen Business-Kurse des Heks, verzeichnen Erfolge, doch dürfte hier der drohende Zwang mitspielen.) Entscheidend sind, speziell für die Gründung eigener Unternehmen, die allgemeinen Bedingungen im Land, und die sind zum Beispiel für ICT-Fachleute in Indien besser als in Bangladesch.

Aktivierung von Können und Bindungen

Wenn also nur beschränkt von «zirkulärer» Migration gesprochen werden kann, gibt es doch Beispiele, wie das Know-how der Ausgewanderten in ihrer Heimat nutzbar gemacht werden kann. Die Internationale Organisation für Migration vermittelt in mehreren Programmen afrikanische Experten aus Europa für temporäre Mandate, etwa für Weiterbildungen, an Universitäten, Spitäler oder Unternehmen und unterstützt auch Initiativen für ein entsprechendes E-Learning. Seit 2001 kamen 280 Kongolesen, Rwander und Burundier (von 1300, die in einer Datenbank registriert sind) zum Einsatz.

Etwas Ähnliches schwebt dem kongolesischen Initianten einer «afrikanischen Volksuniversität» in der Schweiz vor. Er weist darauf hin, dass die zahlreichen Vereine seit einigen Jahren unter anderem an Veranstaltungen Geld sammeln, um kleine Entwicklungsprojekte an ihrem Herkunftsort zu finanzieren. Hier kommen in besonderer Weise Lokalkenntnisse zum Tragen. Erwünscht wäre eine Verknüpfung mit der klassischen Entwicklungszusammenarbeit. Kaum erwähnt wird die Katastrophenhilfe wie jene der Tamilen nach dem Tsunami (und schon gar nicht die Mitfinanzierung der Tamil Tigers). Insgesamt sind die Ansätze noch eher punktuell und bescheiden. Die Publikation zeigt aber, dass die Diskussion in Gang gekommen ist.

Schweizerisches Rotes Kreuz (Hg.): Migration – ein Beitrag zur Entwicklung? Seismo-Verlag, Zürich 2007. 274 S., Fr. 38.–, € 26.–.

POLITISCHE UND JURISTISCHE BÜCHER IN KÜRZE

Handbuch zu den Bilateralen

Mit den bilateralen Verträgen basieren die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union, wie Bundesrätin Leuthard in ihrem Geleitwort zum Handbuch «Bilaterale Verträge I und II» schreibt, auf einem differenziert ausgebauten Vertragswerk. Kein anderes Land hat mit der Union vergleichbare Verträge ausgehandelt. Wie schon bei der Erstauflage des von Daniel Thürer, Rolf H. Weber, Wolfgang Portmann und Andreas Kellerhals herausgegebenen Handbuchs moniert, wäre daher eine Einordnung der Verträge aus Sicht der EU spannend gewesen. Umfasste die Erstauflage von 2002 bereits über 600 Seiten, hat sich der Umfang des Werkes nahezu verdoppelt. Die Zielgruppe des Buches – Rechtsanwender aus Anwaltschaft, Wirtschaft und Verwaltung – kann mit Hilfe des detaillierten Sachregisters die Lektüre auf die für sie relevanten Passagen beschränken. Das Werk wird damit in vortrefflicher Weise den Ansprüchen an ein Handbuch gerecht. Während die Schwerpunktsetzung stimmt, zum Beispiel sechs Beiträge zum Thema Personenfreizügigkeit, variieren die Beiträge in Struktur, Tiefe und Gründlichkeit. Dank

den Erfahrungen aus den fünf Jahren nach der Erstauflage können die einzelnen Abkommen der Bilateralen I nun besser in den politischen Kontext eingebettet werden und insbesondere auch das Verfahren und die erste Praxis ausgeleuchtet werden. Die Gemischten Ausschüsse nehmen zwei Hauptaufgaben wahr, nämlich die Durchführung der Abkommen sowie die Sorge für deren ordnungsgemässe Erfüllung. Das Genehmigungsverfahren für Beschlüsse der Gemischten Ausschüsse hat sich als komplex erwiesen, wie man in verschiedenen Beiträgen nachlesen kann. Das gilt im gleichen Ausmass für die neuen Verträge (Bilaterale II) in den Bereichen verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Statistik, Umwelt, Media, Ruhegehälter, Schengen/Dublin, Betrugsbekämpfung, Zinsbesteuerung und Bildung.

Konrad Sahlfeld

Daniel Thürer, Rolf H. Weber, Wolfgang Portmann, Andreas Kellerhals (Hg.): Bilaterale Verträge I & II Schweiz – EU / Handbuch. Schulthess Verlag, Zürich 2007. 1251 S., Fr. 278.–, € 191.–.

Impulse für das Zollrecht

Das Zollrecht fristet in der Schweiz traditionell ein Mauerblümchendasein. Es gilt als äusserst technische und nur Spezialisten zugängliche Verwaltungsmaterie. Bezeichnenderweise fehlt seit Ernst Blumensteins Standardwerk über die Grundzüge des schweizerischen Zollrechts von 1931 eine umfassende Aufarbeitung und dogmatische Durchdringung. Remo Arpagaus schliesst diese Lücke. Er arbeitet in

seinem neuen Buch, einer Berner Dissertation von aussergewöhnlicher Breite und eindrucklichem Tiefgang, die geltende Zollrechtsordnung in der Schweiz umfassend auf. Grundlage dafür bilden die im Frühjahr 2007 vollständig revidierte Zollrechtsordnung des Bundes und ihre komplexe völkerrechtliche Vernetzung. Dazu gehören namentlich die zollrechtlichen Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltzollorganisation (WCO), der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) und der bilateralen Verträge der Schweiz mit der EG. Das Buch ist sorgfältig recherchiert, und die Stringenz der inhaltlichen Argumentation beeindruckt. Für den juristischen Alltag wird sich die detaillierte und durchwegs kritische Auseinandersetzung mit der reichhaltigen Verwaltungs- und Rechtsprechungspraxis als nützlich erweisen. In wesentlichen Punkten geht Arpagaus über den Rahmen der traditionellen Lehre und Praxis hinaus. Er zeichnet überzeugend nach, wie sich das Zollrecht – als Fiskalmassnahme ursprünglich dem Steuer- und Abgaberecht zugehörig – längst zu einer eigenständigen Rechtsdisziplin entwickelt hat und heute primär als Instrument der Aussenwirtschaftspolitik wahrgenommen wird. Arpagaus folgt zu Recht, dass das Zollrecht trotz weltweit substantiellen Zollreduktionen während der letzten fünfzig Jahre eines der Hauptinstrumente zur Regelung und Kontrolle des grenzüberschreitenden Güterverkehrs bleibt. Auch in der Schweiz unterliegen Importe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen immer noch einer ge-

bundenen durchschnittlichen Zollbelastung von 36,2 Prozent (verglichen mit 2,3 Prozent für Industrieerzeugnisse). Arpagaus betont die zentrale Bedeutung von Handelsvereinfachungen im Bereich nichttarifärer Handelshemmnisse wie Zollformalitäten, technischer Vorschriften, Ursprungsregeln und einem transparenten Zugang zum Recht. Sein Buch liefert auch dafür wertvolle Impulse.

Matthias Oesch

Remo Arpagaus: Zollrecht unter Einschluss der völkerrechtlichen Grundlagen im Rahmen der WTO, der WCO, der UNECE, der EFTA und der Abkommen mit der EU. Helbing-Lichtenhahn-Verlag, Basel 2007. 608 S., Fr. 268.–.

Polens Ostpolitik

U. Sd. Dass Polen, am Ostrand der EU gelegen und unmittelbarer Nachbar ehemaliger Sowjetrepubliken, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine Brückenfunktion zwischen Ost und West spielen würde, war oft mit unbegründeter Selbstverständlichkeit angenommen worden. Wie Sebastian Gerhardt in einer hervorragend dokumentierten Dissertation darlegt, ist dies allerdings nur bedingt der Fall gewesen. Auf wirtschaftlicher Ebene zerschlugen sich die Hoffnungen, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) werde zu einem riesigen Zukunftsmarkt, rasch. Die westlichen Investoren, irritiert durch Rechtsunsicherheit und politisches Chaos, hielten sich bis 2004 deutlich zurück oder konzentrierten sich auf Ostmitteleuropa. Entsprechend wenig attraktiv blieb Polen als «Brücke» nach Osten.

Politisch rückte für Warschau nach der Jahrtausendwende die Ukraine in den Mittelpunkt, und wichtige Teile der Classe politique gelangten zur Ansicht, Kiew sei als strategisches Bindeglied und Absatzmarkt unerlässlich. Als «Anwalt» östlicher Interessen trat Warschau laut Gerhardt dennoch nur im Falle Litauens wirklich auf, und auch da nur temporär. Die Ukraine akzeptierte zwar die Vermittlungsversuche Polens während der «orange Revolution», lehnte aber eine eigenliche Fürsprache aufgrund ihres eigenen, beträchtlichen Gewichtes ab. Da es in Warschau vor allem zwischen 1989 und 2004 ernstzunehmende Stimmen gab, die eine expansionistische russische Aussenpolitik befürchteten, kam die Ukraine dennoch in den Genuss polnischer Bemühungen, den Einfluss Moskaus zu beschränken. Auffallend ist, dass die Politik Warschaus gegenüber dem wirtschaftlich überaus erfolgreichen EU-Mitglied Litauen, einer früheren Sowjetrepublik, stets mehr der Politik gegenüber den Nicht-EU-Staaten Russland, Ukraine und Weissrussland glich als derjenigen gegenüber Ländern wie Tschechien, der Slowakei oder Ungarn. Gerhardt schliesst mit der Erkenntnis, dass Polen noch lange eine Art Vorposten am Ostrand sowohl der EU als auch der Nato bleiben werde und als solcher zu einer aktiven Ostpolitik geradezu verdammt sei.

Sebastian Gerhardt: Polska Polityka Wschodnia. Die Aussenpolitik der polnischen Regierung von 1989 bis 2004 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weissrussland, Ukraine). Herder-Institut, Marburg 2007. 404 S., € 46.–.

NZZ ONLINE

Buchrezensionen

NZZ-Buchbesprechungen

der letzten 30 Tage

www.nzz.ch/buchrezensionen